

Landwirtschaft Wie die radikalen Agrarinitiativen den Bio-Markt umkrepeln würden – zum Schaden der Bauern und der Steuerzahler.

Massiv mehr Subventionen

ANDREAS VALDA

Bald sind Sommerferien. Nicht für die Kinder, sondern für die zwanzig Mutterkühe und ihre Kälber von Roman Hassler, einem Bio-Bauern in Bündner Donat an der Viamala. Den ganzen Winter über verbrachten sie im Bauernhof. Sie frassen fleissig Heu, das Hassler den Sommer über an den steilen Hängen geemdet hat. Die Menge reichte gerade, um die Kühe und ihre Kälber durch den Winter zu bringen. Doch Ende Mai ist es aufgebraucht. Die Kühe müssen schleunigst raus, hinauf auf die Alpweiden.

Ein Bauer und zwanzig Kühe und ihre Kälber. Mehr ist nicht möglich, weil das Futter sonst nicht reicht. Der begrenzende Faktor ist das Land: 35 Hektaren Wiese, zum Teil extrem steil. Den Mist und die Gülle verteilt Hassler den Sommer über auf den Weiden. Dieser Dünger hilft, damit das Gras schneller wächst. So entsteht ein Kreislauf an Nährstoffen; das Grundwasser der Region wird nicht belastet.

Genau ein solcher Kreislauf schwebt den Initiativen der Trinkwasserinitiative vor. Nur so viele Tiere halten, wie ein Hof an Futter selber erwirtschaften kann. So versickert kein Nitrat ins Grundwasser. Auch sollen die Bauern keine Pestizide gegen Unkraut einsetzen, das ebenfalls versickern könnte. Bauer Hassler muss also jede Blacke – ein Unkraut, das Gras verdrängt – einzeln ausharken. Und schliesslich sollen Bauern laut der Initiative kein Antibiotikum präventiv gegen Tierinfektionen einsetzen. Dies wird heute auf Nicht-Bio-Betrieben gemacht, um Kuheuter vor Entzündungen zu schützen.

Bauer Hassler macht es genau so, wie die Trinkwasserinitiative von den Betrieben verlangt, sollte sie

am 13. Juni vom Volk angenommen werden. Sein Hof ist der Business Case des Volksbegehrens: extensives Bauern im Einklang mit der Natur, ohne das Grundwasser zu belasten. Hassler hat denn auch Sympathie für die Initiative. Und dennoch sagt er: «Sie ist zu extrem. Ich lehne sie ab.» Ähnlich denken viele Bio-Bauern. Die Vereinigung Bio Suisse lehnt sie ab.

Es geht um viel. Auf dem Spiel steht das Auskommen von 50 000 Bauernbetrieben. 33 000 widmen sich der Tierzucht, 9000 dem Anbau, weitere 8000 Betriebe machen beides. Vollberuflich betrieben werden allerdings nur 35 000 Höfe. Und Bio-Betriebe, so wie der von Bauer Hassler, gibt es bloss 7300.

Der Vierzigjährige hat den Hof von seinem Vater Hansjörg übernommen, der BDP-Nationalrat war. Vater Hassler hatte den Betrieb bereits 1991 auf Bio umgestellt. Seine Zulassungsnummer im Register von Bio Suisse lautet 630. Sohn Hassler kann also auf eine Bio-Erfahrung von zwanzig Jahren zurückblicken.

Ein gewagtes Marktexperiment

Seine Sorge gilt zwei Grössen, über die in der Öffentlichkeit kaum diskutiert wird: das bäuerliche Markteinkommen und die Agrarsubventionen. Sie stehen im Zusammenhang: je tiefer der Markterlös, desto grösser die Subventionen, sonst überleben viele Schweizer Bauern nicht.

Beide Grössen, so Hassler, dürften sich im Mix bei einem Ja zur Trinkwasserinitiative negativ verändern. «Die Umsetzung der Trinkwasserinitiative würde die Schweiz zum Bio-Land machen.» Ein Grossteil der Bauern würde auf Agrarprodukte umstellen und in

Bio-Qualität liefern. «Dies würde den Markt überschwemmen und die Preise für Bio-Produkte stark unter Druck bringen», ist Hassler überzeugt. Wie stark, weiss heute niemand. Es gibt dazu keine verlässliche Studie.

Nur: Wer soll die vielen Bio-Produkte kaufen? Heute werden 89 Prozent aller Nahrungsmittel in



Nicht-Bio-Qualität gekauft. Viele Konsumentinnen und Konsumenten scheuen den Aufpreis von Nicht-Bio zu Bio. Es geht immerhin um 30 bis 50 Prozent, je nach Produkt. Anders gesagt: Das Volksbegehren verlangt fast 100 Prozent Bio-Produktion in der Schweiz, während die Konsumenten heute bloss 11 Prozent Bio nachfragen. Das Resultat wäre ein massiver Überschuss an Bio-Ware, die niemand will. Auf diese Verzerrung haben die Initiativen keine Antwort.

Bauer Hassler und mit ihm viele Bio-Bauern glauben, dass dieser massive Mismatch von Angebot und Nachfrage die Bio-Preise stark drücken wird. Damit sinkt das Markteinkommen jedes Einzelnen. Die wahrscheinliche Folge: Die 50 000 Betriebe werden vom Staat mehr Direktzahlungen verlangen, um die Verluste zu kompensieren.

Weiter würde wegen tieferer Outputs im Inland der Import von Bio-Produkten zunehmen. Da ausländische Bio-Produkte meist billiger sind, würde der Preis für Bio-Produkte insgesamt massiv sinken. Ausgerechnet die Schweizer Bauern, die biologisch anbauen, wären die Verlierer. Hassler sieht bei einer Annahme der Initiative das Markteinkommen der Bio-Bauern gefährdet.

Die Verluste müsste der Bund übernehmen. Warum? Weil der Bund per Verfassung dazu verpflichtet ist, bäuerliches Kulturland zu schützen, die dezentrale

Besiedlung zu fördern und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Der finanzielle Spielraum ist schon heute klein. Schweizer Bauern produzieren vor allem Fleisch, Eier, Milch, Obst, Gemüse, Öl, Kartoffeln, Getreide, Mais und Zuckerrüben. Der Markterlös dafür beträgt 11,4 Milliarden Franken pro Jahr. Nach Abzug der Kosten für Produktionsmittel und Abschreibung bleiben noch 2,2 Milliarden Gewinn. Doch davon können die rund 150 000 Bäuerinnen und Bauern nicht leben.

So bessert der Bund unter verschiedenen Titeln ihr Einkommen mit Direktzahlungen und Zulagen auf. Vom Bund fliessen rund 3,5 Milliarden in die Landwirtschaft. Gewinne und Subventionen ergeben also 5,7 Milliarden. Dies teilen sich 150 000 Landwirte – ergibt 38 000 Franken pro Bäuerin und Bauer. Vollzeitler verdienen mehr als Teilzeiter. Reich wird man damit nicht.

Viel mehr Bedarf an Agrarsubventionen

Die Zahlen zeigen: Subventionen sind essenziell fürs Auskommen. Verliert ein Bauer diese, kann er schliessen. Genau dies aber fordert die Trinkwasserinitiative: Wenn sich ein Hof nicht an die strengen Vorschriften hält wie Bio-Bauer Hassler – also keine synthetischen Pestizide verwenden, keine präventiven Antibiotika einsetzen und zu 100 Prozent eigenes Futter herstellen –, bleibt er auf der Strecke. Oder aber die rund 40 000 Nicht-Bio-Höfe stellen auf Bio-Qualität um – und produzieren für eine Klientel, die es heute gar nicht gibt.

Es wäre ein fataler Entscheid für die Nicht-Bio-Bauern. Denn ihr Markteinkommen ist heute höher als jenes der Bio-Bauern, was sich leicht an Zahlen belegen lässt. Im Berggebiet erzielt ein normaler Betrieb aus Tierhaltung 110 000 Franken pro Jahr, berechnet Agroscope. Ein Bio-Betrieb verdient am Markt fast einen Drittel weniger. Als Kompensation erhält ein Bio-Bauer mehr Subventionen: Im Berggebiet sind es 102 000 Franken pro Jahr und Betrieb, während Nicht-Bio-Bauern rund 79 000 Franken erhalten. Die Differenz von 23 000 Franken jährlich bezahlt der Bund. Konkret: die Steuerzahlerin, der Steuerzahler.

Im Tal unten sind die Unterschiede etwas weniger markant, aber es schleckt keine Geiss weg: Eine bio-konforme Produktion löst zusätzliche Subventionen von gegen 1 Milliarde Franken aus, bei ungesichertem Absatz.

Die Trinkwasserinitiative versucht also auf dem Umweg über das Argument des sauberen Trinkwassers einen radikalen Umbau der Agrarwirtschaft, dem sich die wenigsten entziehen können: die Nicht-Bio-Bauern, die Bio-Bauern, die Konsumentinnen und

Konsumenten, die verarbeitende Nahrungsmittelindustrie und Landwirtschaftsminister Guy Parmelin. Er müsste mehr Agrarsubventionen beantragen.

Ob diese bewilligt würden, ist eine andere Frage. Im Parlament ticken die Uhren anders. Dort nimmt seit Jahren der Druck auf die Bauern zu, den Umfang der Agrarsubventionen zu senken. Weil die gebundenen Ausgaben für die Sozialversicherungen steigen. «Es ist unwahrscheinlich, dass es vom Staat mehr Geld gibt. Deshalb ist die Trinkwasserinitiative gefährlich, auch weil deren Folgen schwer abschätzbar

sind», sagt Biobauer Hassler.

Was wäre der Ausweg? Zuerst einmal die Überprüfung der Aussage, dass das Trinkwasser tatsächlich flächendeckend gefährdet ist. Eine Karte des Bundesamtes für Umwelt zeigt, wo die Grenzwerte für den Düngestoff Nitrat überschritten worden sind: im Berner und Freiburger Seeland, in Baselland, in Luzern und Aargau rund um den Hallwilersee, im Zürcher Weinland, im Zürcher Unterland bei Bülach, im Oberland bei Uster und Wetzikon, im Thurgau



Bundesrat Guy Parmelin: Versteckt im Maisfeld.

► AGRARINITIATIVEN AN DER URNE

Die Trinkwasserinitiative – das Wichtigste

Extensive Landwirtschaft Die Initiative verlangt eine Verfassungsänderung. Der Bund soll seine Agrarsubvention an die Betriebe so ausrichten, dass damit die Vielfalt der Natur verbessert und die Qualität von Trinkwasser geschützt wird. Als schädliche Einflüsse für Umwelt und Gesundheit sehen die Initianten die Nutzung von Pestiziden, von Antibiotika und vom übermässigen Eintrag von Dünger in Agrarböden. Die Direktzahlungen sollen an einen ökologischen Leistungsnachweis gekoppelt werden. Einen solchen gibt es schon heute, aber neu gibt es drei Bedingungen: Erstens soll die Produktion pestizidfrei erfolgen. Zweitens dürfen nur so viele Tiere gehalten werden, wie Futter auf dem Betrieb produziert werden kann. Und drittens, dass der Betrieb keine Antibiotika in der Tierzucht vorbeugend einsetzt. Dies ist heute in gewissen Betrieben der Fall, die beispielsweise Hochleistungskühe und Schweine halten.

► Die Hauptkritik an der Initiative gilt drei Punkten: 1. Gut rentierende Betriebe, vor allem im Obst- und Gemüsebau, sind heute kaum von Agrarsubventionen abhängig und könnten sich diesen Bestimmungen weitgehend entziehen. 2. Sogar Bio-Betriebe können die 100-Prozent-Regel für Futter selten erfüllen. 3. Der Import aus dem Ausland ist nicht geregelt.

Die Pestizidverbotsinitiative – das Wichtigste

Importverbot Diese Initiative geht weniger weit als die Trinkwasserinitiative. Sie verlangt in der Verfassung ein Verbot für den Einsatz synthetischer Pestizide in der Landwirtschaft. Auch soll die Einfuhr von Lebensmitteln verboten werden, die mithilfe von synthetischen Pestiziden hergestellt worden sind. Dieses Importverbot geht weiter als in der Trinkwasserinitiative. Die Übergangsfrist beträgt zehn Jahre.

► Synthetische Pestizide kommen vor allem im Acker-, Obst- und Gemüsebau intensiv zum Einsatz. Zugelassen wären sogenannt natürliche Pestizide wie etwa Kupfer. Sie kommen im Bio-Landbau zum Einsatz. Einige dieser natürlichen Pestizide sind je nach Konzentration ebenfalls hochgiftig und reduzieren die Biodiversität, darunter Kupfer. Der Bio-Landbau bestreitet dies nicht und sucht deshalb nach alternativen Methoden, wie die Kupferkonzentration vermindert werden könnte, etwa durch den Einsatz robusterer Pflanzensorten.

► Die Hauptkritik an der Initiative gilt der Tatsache, dass mit einem Pestizidverbot Teile oder die ganze Ernte je nach Schädlingsbefall vernichtet werden. Kritiker nennen dies Food Waste. Auch gibt es synthetische Pestizide, die weniger giftig sind als natürliche Pestizide.

entlang des Bodensees und in Schaffhausen. In diesen Regionen wurden an über 40 Prozent der Messstellen die Grenzwerte überschritten. Hauptverantwortlich sind intensive Bauernbetriebe für Obst-, Acker-, Gemüsebau und die Schweinezucht. Die betroffenen Kantone hätten es in der Hand, mit regionalen Vorschriften die Überdüngung und den Pestizideintrag zu senken.

Die Alternative heisst ein bisschen Bio

Robert Obrist vom renommierten Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), sagt, dass viele Kulturen «relativ einfach ohne synthetische Pestizide angebaut werden könnten, ohne viele Einbussen zu riskieren». Beispielsweise im Anbau von Tierfutter,

Obst, Getreide und Kartoffeln. Es gebe viele Lösungen, beispielsweise den Einsatz von Unkrautrobotern statt Herbiziden, den Bau von Insektenschutznetzen statt Insektiziden, den Einsatz von sogenannten Nützlingen zur Schädlingsbekämpfung und robuste, weniger krankheitsanfällige Tierrassen und Pflanzensorten. Dies heisse Innovation in der Landwirtschaft. Eine Umstellung sei anspruchsvoll und brauche Zeit, doch bringe viel Motivation: «Bei vielen Bauern wächst die Befriedigung mit einem umweltschonenden Anbau.» Er werde den Initiativen zustimmen, weil der Handlungsbedarf gross sei und die Übergangsfristen von acht bis zehn Jahren ausreichen.

Ein Agrarforscher der ETH, der nicht namentlich zitiert sein will, sagt, das erstrebenswerte Optimum liege zwischen den Extremen. Es gebe ein riesiges Potenzial zwischen Bio und konventionell. Das Label IP-Suisse mache es vor: nicht ganz so streng wie Bio, aber viel besser als konventionelle Produktion. Dies schone die Natur und das Grundwasser.

Tatsächlich verwenden die Bauern immer mehr Methoden aus dem Bio-Bereich im konventionellen Anbau. Und Detailhändler pushen die Errungenschaften des Bio-Landbaus sektoriell – etwa mit Mehl aus pestizidfreiem Getreide. Das ist dann zwar nicht Bio, aber besser als konventionell und umweltschöner. Dahin gehe die Reise, so der Experte.

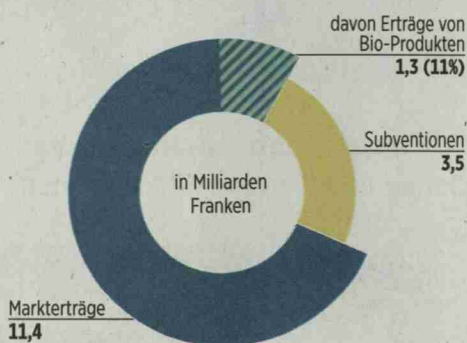
Bio-Bauer Hassler sieht die beiden Initiativen als Folge von Auswüchsen einzelner Betriebe im Mittelland, die viel zu viele Pestizide einsetzten und zu viel Futter zukaufen, was zur massiven Überdüngung führe. Er nennt diese Betriebe «extrem». Sie hätten diese beide Agrarinitiativen provoziert. Sollten solche Betriebe nicht umdenken, so Hassler, würden Volk und Parlament früher oder später härtere Vorschriften durchsetzen – «und alle Bauern verlieren».

Karges Einkommen

Profit Der Markterlös aller Agrarbetriebe beträgt 11,4 Milliarden Franken pro Jahr. Der Bio-Anteil davon rund 11 Prozent. Nach Abzug der Kosten für Produktionsmittel und Abschreibung bleiben noch 2,2 Milliarden Gewinn. Vom Bund fließen rund 3,5 Milliarden an die Bauern. Es gibt 50 000 Betriebe und circa 150 000 im ersten Sektor Tätige.

Die Agrarsubventionen sind beträchtlich

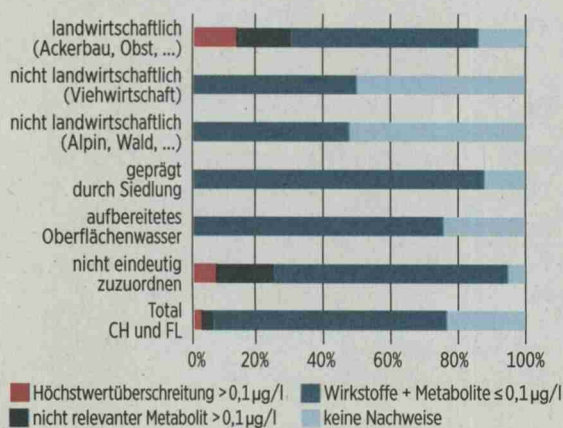
Erträge des bäuerlichen Einkommens (brutto)



QUELLEN: AGRISCOPE, BIO SUISSE

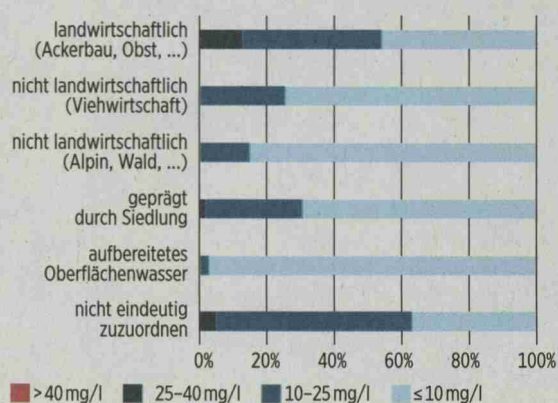
Viel Pestizide im Obst-, Gemüse und Ackerbau

Anteil der Wasserkonsumenten, die von Pestiziden betroffen sind



Viel Dünger wegen Obst-, Gemüse- und Ackerbau

Anteil der Trinkwasserproben mit Nitraten



QUELLE: PSM-RÜCKSTÄNDE IM TRINKWASSER / NITRAT-HÖCHSTWERT-ÜBERSCHREITUNG IM TRINKWASSER, BERICHT VKCS-KAMPAGNE 2019 VOM 6. SEPTEMBER 2019